

Resolution

des Landesvorstands der Frauen Union der CDU
Baden-Württemberg zum Landesdelegiertentag am
20. September 2014 in Schwäbisch Gmünd

"Lebensqualität – Werte im Wandel"

1 Vielfältige globale, lokale und persönliche Entwicklungen
2 beeinflussen die konkrete und individuelle Lebenssituation von
3 Frauen und Männern zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Der
4 demografische Wandel, Internationalisierung, Digitalisierung, hohe
5 Mobilität sowie Flüchtlings- und Migrationsbewegungen stellen
6 Menschen, Familien, Gesellschaften, Staaten, Unternehmen und
7 unsere Umwelt vor enorme Herausforderungen. Zivile
8 Errungenschaften wie z.B. der respektvolle, gleichberechtigte
9 Umgang der Geschlechter untereinander, das friedliche Miteinander
10 von Kulturen, Freiheit und Demokratie, die Achtung der territorialen
11 Souveränität, Toleranz zwischen den Religionen, ein
12 verantwortungsbewusster Umgang mit menschlichen und natürlichen
13 Ressourcen oder Solidarität und Gerechtigkeit gegenüber
14 Schwächeren und zwischen den Generationen können dadurch
15 befördert, aber auch massiv gefährdet oder gar in Frage gestellt
16 werden.

17 Lebensqualität hat vielfältige Dimensionen – im Privaten, in der
18 Gesellschaft, bei der Arbeit oder in Bezug zur Gesundheit und der

19 Umwelt. Lebensqualität ist keine abstrakte, allgemein verbindliche
20 oder gar politische gesetzte Norm, sondern geprägt von individuellen
21 Einstellungen und allgemeinen Wertvorstellungen. Für uns
22 Christdemokratinnen erwächst aus unseren Ansprüchen und
23 Erwartungen an Lebensqualität auch die Verantwortung für uns und
24 gegenüber anderen, Verantwortung auch vor der Schöpfung und
25 künftigen Generationen. Wir wollen politisch dazu beitragen, daß
26 "Gutes Leben" möglich ist und die Kosten dafür nicht auf andere
27 abwälzen.

28

29 **Lebensqualität für alle!**

30

31 Bildung, Gesundheit, Arbeit, Sicherheit und Wohlstand tragen neben
32 persönlichen Bindungen maßgeblich zur Lebensqualität und
33 persönlichen Zufriedenheit bei. Das gilt weltweit. Die positive
34 Entwicklung unseres Lebensstandards in Deutschland ist ein großer
35 Erfolg und das Ergebnis jahrzehntelanger gemeinsamer
36 Anstrengungen der Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft sowie
37 kluger und weitsichtiger politischer Entscheidungen. In Zeiten der
38 Globalisierung kann sie allerdings auch nicht mehr isoliert von der
39 politischen und wirtschaftlichen Situation in anderen Regionen der
40 Welt gesehen werden. Unser Anspruch muss es daher sein, unseren
41 Lebensstandard nicht zu Lasten anderer zu verbessern.
42 Menschenrechte und Nachhaltigkeit sind universelle Prinzipien, die es
43 mit Blick auf unsere Umwelt und nachfolgende Generationen rund
44 um den Globus zu schützen gilt.

45

46 Anforderungen, die wir in Deutschland stellen, sind nicht
47 deckungsgleich mit den Erwartungen von Menschen aus

48 sogenannten Entwicklungsländern. Bei uns gelten vergleichsweise
49 hohe Sozial- und Umweltstandards und wir wollen diese in der Regel
50 auch weiterentwickeln. In anderen Ländern geht es jedoch oft noch
51 um grundlegende Fragen von Menschenrechten, Demokratie sowie
52 sozialen und Umweltstandards. Daher machen wir uns stark für:

53

54 • **Die Stärkung der Frauenrechte weltweit**

55 Frauen sind in patriarchalischen Gesellschaften wichtige
56 Multiplikatorinnen und spielen in der
57 Entwicklungszusammenarbeit eine zentrale Rolle. Ihr Potenzial
58 muss durch bessere Ausbildung gefördert werden. Die Stärkung
59 der Frauenrechte geht mit Blick auf Gesundheit, Bildung und
60 eigenständige Berufstätigkeit generell mit einer Verbesserung der
61 Lebensqualität der Kinder und der Familie einher. Dem aktuellen
62 Weltbildungsbericht der UNESCO zufolge konnte eine bessere
63 Bildung der Mütter bereits zwischen 1990 und 2009 das Leben
64 von 2,1 Millionen Kindern unter 5 Jahren retten. Der dreigleisige
65 Ansatz des Bundesministeriums für wirtschaftliche
66 Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) "Gender-
67 Mainstreaming", „Frauenspezifische Fördermaßnahmen“ und
68 „Frauenrechte im entwicklungspolitischen Politikdialog“ muss
69 daher weitergeführt und -entwickelt werden.

70

71 • **Demokratieförderung als wirksames Instrument der**
72 **Krisenprävention**

73 Innerstaatliche Stabilität kann nicht ohne Respekt und die
74 Durchsetzung von Menschenrechten gewährleistet werden.
75 Demokratieförderung und Capacity Building (d.h. Aufbau von
76 Kapazitäten bzw. von Kompetenzen – z. B. technischer und
77 administrativer Infrastruktur) genießen deshalb zu Recht höchste

78 Priorität in der deutschen Entwicklungspolitik. Denn
79 innerstaatliche Stabilität ist eine grundlegende Voraussetzung für
80 dauerhaft friedliche zwischenstaatliche Beziehungen. Wir fordern
81 daher die Intensivierung einer nachhaltigen Entwicklungspolitik,
82 die vor Ort Verwaltungsstrukturen aufbaut und Fachkräfte schult.
83 „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist für uns mehr als ein Slogan – sie ist
84 gelebte Realität und Solidarität.

85

86 • **Religionsfreiheit weltweit schützen**

87 Religionsfreiheit ist die Verbürgung individueller Freiheit und von
88 universeller Bedeutung. Den eigenen Glauben frei und erfüllt
89 leben zu dürfen, ist ein Menschenrecht und identitätsbildend -
90 keinesfalls Luxus. Angesichts der erschreckenden aktuellen Lage
91 der Christen und Jesiden im Nordirak wissen wir, dass Religion
92 längst nicht überall auf der Welt frei ausgeübt werden kann.

93 Christen sind die am meisten verfolgte Religionsgruppe weltweit.
94 Aktuellen Schätzungen zufolge beläuft sich die Zahl der
95 verfolgten Christen auf bis zu 100 Millionen. Religionsfreiheit
96 muss daher – mit Blick auf alle religiösen Gruppen – stärker denn
97 je als Teil einer langfristig angelegten und engagierten Außen-
98 und Sicherheitspolitik in den diplomatischen Beziehungen
99 thematisiert werden, insbesondere wenn es um humanitäre Hilfe
100 oder die Unterstützung lokaler Kräfte geht.

101

102 • **Erneuerbare Energien und Bewahrung natürlicher**
103 **Ressourcen**

104 Deutschland hat mit der Energiewende weltweit eine
105 Vorreiterrolle eingenommen. Das erklärte Ziel: Eine der
106 umweltschonendsten und energiesparsamsten Volkswirtschaften
107 zu werden – bei wettbewerbsfähigen Energiepreisen und hohem

108 Wohlstandsniveau. Für dieses Ziel und die weltweite Einhaltung
109 höchster Standards wollen wir bei anderen Nationen werben,
110 damit eine ressourcenschonende Energiepolitik weltweit Realität
111 wird. Denn nur Hand in Hand mit unseren internationalen
112 Partnern können wir den Klimawandel und das Artensterben
113 aufhalten. Von den weltweit untersuchten Arten sind laut Roter
114 Liste der Weltnaturschutzunion (IUCN) beispielsweise eine von
115 drei Amphibienarten, ein Viertel aller Säugetier- und
116 Nadelbaumarten sowie jede achte Vogelart gefährdet. Wir
117 brauchen Mitstreiter, um beim Klimagipfel 2015 in Paris eine
118 Einigung aller UN-Mitgliedstaaten zu erzielen. Deutschland muss
119 sich hier mit starker Stimme einbringen – denn es geht um die
120 Lebensqualität und die gute Zukunft aller Menschen.

121

122 • **Menschenwürdige Arbeitsbedingungen**

123 Unsere Kaufentscheidungen haben im weltweiten Handel direkte
124 Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der
125 Beschäftigten in den Produktionsstätten und -ländern der
126 jeweiligen Konsumgüter. Die Verarbeitung von oder die
127 Bearbeitung mit gesundheitsgefährdenden Materialien birgt für
128 Produzenten und Abnehmer gleichermaßen gravierende Risiken.
129 Fehlende soziale und ökologische Produktionsstandards, die die
130 Ware zwar nicht selbst und deren Käufer nicht direkt gefährden,
131 beeinträchtigen aber gravierend die Lebensqualität derer, die sie
132 herstellen.

133 Durch den UN Global Compact wurde das Thema corporate social
134 responsibility (soziale Unternehmensverantwortung) weltweit auf
135 die Tagesordnung gesetzt. Derzeit gibt es auf dem deutschen
136 Markt ca. 70-80 Gütesiegel, die allerdings auch für deutsche
137 Konsumenten oft nicht verständlich bzw. gar nicht bekannt sind.

138 Freiwillige Selbstverpflichtungen auf internationaler Ebene und
139 firmeneigene Gütesiegel sind insgesamt nur schwer einschätz-
140 und kontrollierbar. Wir unterstützen daher die Initiative der
141 Bundesregierung zur Schaffung eines einheitlichen (Textil-)
142 Gütesiegels, das den Verbrauchern vor Ort klar und transparent
143 Aufschluss gibt, unter welchen Bedingungen das jeweilige
144 Produkt hergestellt wurde. Beim Kauf eines Kleidungsstücks muss
145 auf einen Blick erkennbar sein, ob das Produkt ökologischen und
146 sozialen Standards genügt..

147

148 • **Schutz des kulturellen Erbes und Förderung der kulturellen**
149 **Bildung**

150 Deutschland wird nicht zu Unrecht das Land der Dichter und
151 Denker genannt. Deutsche Literatur und auch die deutsche
152 Sprache erleben im vereinten Europa eine wahre Renaissance.
153 Deutschland wird als Reiseland - reich an Kultur und Natur -
154 wiederentdeckt. Die von der UNESCO geführte Liste des
155 Weltkultur- und Naturerbes umfasst aktuell 1.007 Denkmäler in
156 161 Ländern. 54 davon befinden sich allein in Deutschland. Diese
157 zu schützen und zu erhalten, ist für uns Auftrag und Verpflichtung
158 zugleich. Kultur und Sprache sind integraler Bestandteil von
159 Lebensqualität. Sprache ist der Schlüssel zu Bildung,
160 Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Wohlstand.
161 Kinder und junge Erwachsene müssen früh an die deutsche und
162 an Fremdsprachen herangeführt werden. Kinder mit
163 Zuwanderungsgeschichte bedürfen besonderer Förderung. So
164 werden auch sie auf ein eigenständiges Leben in unserem Land
165 vorbereitet.

166

167 • **Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)**

168 Die Vereinten Nationen haben die Jahre 2005 bis 2014 zur BNE-
169 Weltdekade erklärt. Ihr Ziel: Das Leitbild der nachhaltigen
170 Entwicklung in allen Bereichen der Bildung zu verankern. In
171 Deutschland wurden im Laufe der Dekade über 1.900
172 Modellprojekte, 48 Maßnahmen zur systematischen Verankerung
173 von BNE und 21 Kommunen der UN-Dekade ausgezeichnet. Wir
174 setzten uns für eine Fortentwicklung dieser Strategie für die Zeit
175 nach 2014 ein.

176

177 • **Rechtsanspruch auf befristete Teilzeitbeschäftigung**

178 In einer immer älter werdenden Gesellschaft muss die
179 Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf neu diskutiert werden.
180 Im Jahr 2060 wird bereits jeder Dritte mindestens 65 Jahre alt sein
181 und es werden doppelt so viele 70-Jährige leben, wie Kinder
182 geboren werden. Darauf müssen sich Wirtschaft und Gesellschaft
183 einstellen: Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich z. B.
184 wegen Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen aktuell zur
185 Reduzierung ihrer Arbeitszeit und für eine Teilzeitbeschäftigung
186 entscheiden, muss sichergestellt sein, dass sie nach einem
187 vereinbarten Zeitraum wieder zur früheren Arbeitszeit
188 zurückkehren können. Dazu muss dem Koalitionsvertrag
189 entsprechend die Bundesregierung das Teilzeitrecht
190 weiterentwickeln und einen Anspruch auf befristete Teilzeitarbeit
191 schaffen (Rückkehrrecht). Das entspricht dem Wunsch vieler
192 Beschäftigter mit Familienverantwortung und stellt dem
193 Arbeitsmarkt mehr Fachkräfte zur Verfügung. Das trägt zum Erhalt
194 von Wohlstand bei und schafft mehr Sicherheit.

195

196 • **Mehr Zeit und weniger Stress**

197 Psychische Erkrankungen, etwa Depressionen, sind Hauptursachen
198 für die steigenden Zahlen bei den Erwerbsminderungsrenten. Laut
199 Deutscher Rentenversicherung Bund wechselten im vergangenen
200 Jahr 66 441 Arbeitnehmer wegen psychischer Erkrankungen in die
201 Erwerbsminderungsrente. Das sind 732 Personen mehr als im
202 Vorjahr und 19 351 mehr als 2005. Zu den Risikofaktoren für
203 solche Störungen zählt u.a., dass Beschäftigte durch moderne
204 Kommunikationsmittel wie smartphone oder laptop konstant
205 verfügbar bleiben, geschäftlich kommunizieren und auch nach der
206 Arbeitszeit oder im Urlaub nicht "abschalten" können. Dazu
207 kommen starke Arbeitsverdichtung, unregelmäßige Arbeitszeiten
208 und hohe Mobilitätserfordernisse, die stabile persönliche
209 Beziehungen und Verlässlichkeit bei der Vereinbarkeit von Familie
210 und Beruf deutlich erschweren. Freie Zeit muss wirklich frei sein.
211 Dies muss gesetzlich klar gestellt werden.